

Städtebau und Waffensetzung.

In Beantwortung einer Interpellation über die finnisch-schwedische Frage in der schwedischen Kammer erklärte der Minister des Innern: Die Auslieferung von Waffen und Munition aus dem Vorland Schwedens habe die Regierung nicht gestatten können. Die Durchführung von Waffen und Munition über Schweden brauche nicht stattzufinden, da die Zufuhr auf dem Seeweg von anderen Ländern möglich sei. Der Ministerpräsident teilte danach mit, daß Schweden bei einer Anzahl der europäischen Mächte die Initiative genommen habe zu einem diplomatischen Schritt in Petersburg betreffend die Rückumwandlung Finnlands durch die russischen Truppen. Gewisse von den betreffenden Mächten hätten ihre Ansicht mitgeteilt, von den anderen Seiten sei eine Antwort bisher nicht gegeben worden. Die Regierung habe die Möglichkeit eines friedlichen Vergleiches auf Grund der vollen Selbständigkeit Finlands untersucht und am 4. Februar den finnischen Gesandten in Stockholm ersucht, dies seiner Regierung mitzuteilen. Am 14. Februar antwortete die finnische Regierung aus Vaasa, der Vermittlungsvorschlag der schwedischen Regierung sei unannehmbar und Waffenruhe unmöglich. Die Regierung sei indessen überzeugt, daß der Vermittlungsgedanke nicht ausgegeben werden dürfe. Betreffend die Maßnahmen auf dem Landesinselfeld hob der Ministerpräsident hervor, daß die Regierung in dieser Sache ihr Augenmerk darauf gerichtet habe, Gewalttaten und Blutvergießen auf Aland zu verhindern, doch aber den politischen Fragen der Inselgruppe in keiner Weise vorgreifen. Die Ansichten auf einen Vergleich schienen gut, seien aber später verdunkelt durch die Ankunft und das Eingreifen eines finnischen Schutzkorps, welches die größten Schwierigkeiten für eine Vereinbarung gemacht hätte. Nach neueren Nachrichten scheine eine Wendung zum Besseren eingetreten zu sein und in diesem Augenblick bestehende Hoffnung auf baldige befriedigende Lösung. Hamilton (Abg.) meinte, die Erklärung der Regierung über diese Fragen stimme mit den Anschauungen der Hauptmasse des schwedischen Volkes überein.

Die U-Boot-Beute im Januar.

9890000 Tonnen in einem Jahre versenkt.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine meidet:

Im Monat Januar sind durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte insgesamt 632000 Bruttoregistertonnen des für unsere Feinde nutzbaren Handelsschiffraumes vernichtet worden. Damit beläuft sich das Ergebnis des ersten Jahres des Krieges auf 9 890 000 Bruttoregistertonnen.

Zum Dezember 1917 waren 702000, im November 807000 Tonnen versenkt.

Sächsischer Landtag.

Öffnung vom 20. Februar.

Das Tagesordnung berichtet zunächst Abg. Brodau (Fortschr. Pkt.) über den Gesetzentwurf betreffend die Heraushebung der Wahlen zu den Bezirkssammelungen, der von der Ersten Kammer bereits angenommen ist. Das Haus stimmt ohne Aussprache einstimmig zu.

Es folgt die allgemeine Vorberatung des Gesetzentwurfs betreffend

Änderung der revidierten Städteordnung und der Landgemeindeordnung, der die Wahlbarkeit der Gemeindebeamten in die Gemeinden enthalt. Minister des Innern Graf Blythum von Gladstadt bemerkte, daß die Regierung sehr gern auch die übrigen Wünsche der Gemeindebeamten, auf eine Neuordnung ihres Dienststrafrechts und die Einschränkung des Kündigungsberechtes bei dieser Gelegenheit mit erfüllt hätte. Die Schwierigkeiten seien jedoch unüberwindlich. Tatsächlich wolle die Regierung nach Wiedereintritt ruhiger Zeiten im Ausschuß bei der Neuordnung des Staatsbeamtenrechts darauf zurückkommen. Abg. Rittermann (Part.) duftet sich ausstimmend zu dem Entwurf, der den Gemeinden nur von Vorteil sein könne. Abg. Bär (Fortschr. Pkt.) bezeichnet es als erstaunlich, wenn die Regierung hierbei auch die Wahlfähigkeit der Frauen in die gemischten Ausschüsse gesetzlich gewährleiste. Abg. Seeger (Unabh. Soz.) hält eine Neuordnung der gesamten Gemeindeverfassung für notwendig. Er beantragt Änderung der Paragraphen 44 und 65 der revidierten Städteordnung. Abg. Klein-Hempel (Part.) glaubt, die Vorlage werde bei den Besitztümern Genugtuung erweisen. Der Antrag Seeger sei zu weittragend, als daß man gleich zu ihm Stellung nehmen könne. Wedner beantragt den vorliegenden Gesetzentwurf sogleich ohne Deputationsberatung in Schlussberatung zu nehmen. Dies wird jedoch von den Sozialdemokraten und der Fortschrittslichen Volkspartei abgelehnt. Abg. Schönfeld (Kons.) spricht die Zustimmung seiner Fraktion für die Vorlage aus. Der Antrag Seeger sei unzuständig. Der Gesetzentwurf geht an die Gesetzesberatung zugleich mit dem Antrag Seeger.

Es folgt die allgemeine Vorberatung des Entwurfs eines Sparfassungsgesetzes, der der Gesetzesberatung zugewiesen wurde.

Eine Gewerkschaft.

Dresden, 21. Februar.

Die Interpellation der Unabhängigen Sozialdemokraten, betr. den Demonstrationsstreit, begründet der Abg. Fleißner (Unabh. Soz.). Die hohe Bedeutung des ersten politischen Massenstreites spiegelt sich in den unerhörten Gegenmaßregeln der militärischen Behörden wieder. Es ist trotzdem falsch, wenn behauptet wird, der Massenstreit sei zusammengebrochen. Es war von vornherein nur für drei Tage berechnet. Die deutsche Regierung war nicht gut beraten, als sie den Streikenden gegenüber eine brutale Haltung annahm. (Bräutigam Dr. Vogel weiß gegen Massenbrand aus.) Ein scharzsätzliche

Regierung war füger. Sie wollte mit den Streikenden verhandeln und gab auch die erforderlichen Versprechungen ab. Der politische Massenstreit ist ein durchaus legales Kampfmittel der Arbeiter. (Guru: Auch während des Krieges?) Die Kriegsgegenseite seien durchweg willkürliche. Sie basieren auf dem Diktaturgewan. Die Arbeiterschaft müsse sich entweder der Willkür beugen oder den Kampf aufnehmen. Sie haben es letztere gewählt. Die Zahl der Streikenden sei viel höher als die offizielle Berichterstattung zugab. In Berlin allein waren es 650000, im ganzen Reich wohl über eine Million Streikende. Das ist für den Ansatz ganz schön. (Heiterkeit.) Die gewählten Maßregeln haben die Arbeiter nicht das Fürchten gelehrt, sondern sie in eine ungeheure Erbitterung hineingebracht. Wenn auch die Gewerkschaftsführer von dem Streik nichts wissen wollen, so war doch nie ein Massenstreit einiger als dieser. Hebrigens werden die Arbeiter aus der Haltung der Gewerkschaftsführer die erforderliche Lehre ziehen. Auch die sächsische Regierung bleibt bei ihrer alten Haltung in der Wahlrechtsfrage. Ein übrigens tut das Ernährungswesentl. Sehr wichtig ist die Entscheidung der Streikenden, die sich an die Internationale rückte und überall den Massenstreit propagierte. Graf Blythum von Gladstadt hat erklärt, er kennt den Ernst der Sache. Über eben darum lehrt er ein Zugeständnis ab. Die Wirkung dieses Verhaltens wird sich zeigen namentlich auch im Auslande. Es ist unerlässlich, wie man den Streik als Landesbeirat bezeichnen kann. Das gegenwärtige System macht die Arbeiter zum Außstandtreiben. Wenn der Krieg nicht bald zu Ende geht, muss die Streikbewegung immer weiter um sich greifen.

Minister des Innern Graf Blythum von Gladstadt:

Die Regierung erwidert der Interpellation die Antwort, die das Reich erwartet. Fleißners Rede hat erkennen lassen, daß er keine Verständigung mit der Regierung willst, sondern lediglich seinen entgegengesetzten Standpunkt zum Ausdruck zu bringen trachtet. Die Regierung wird ihm darin folgen. Die Streikenden das sächsische Wirtschaftsleben nicht stören, weil die Arbeiterschaft in der großen Mehrheit besonnen und vaterländisch genug war, sich nicht zu Unüberlegtheiten hinreißen zu lassen. Den Gewerkschaftsführern gebührt besonderer Dank und Anerkennung. Der Minister nimmt das sächsische Generalominium gegen Fleißners Angriff in Schutz und erwartet die Arbeitseinstellung als untaugliches Mittel zur Befriedigung politischer Forderungen. Diese gehören ins Parlament und nicht auf die Straße. Der Schaden, den die Streiks verursacht haben, ist nicht wieder gut zu machen. Bloß George hat den englischen Schiffseebären, die ihn empfahlen, auf Kosten der Verbündeten Englands eine Verständigung mit Deutschland herzustellen, geantwortet, man möge sich nur noch lange Zeit gebulden. Nach verbürgten Wiedbungen steht in Deutschland der Ausbruch der Revolution unmittelbar bevor. Über selbst wenn die Revolution nicht käme, zu einem sogenannten anreglosen Frieden, der die Deutschen wirtschaftlich vernichte, ohne daß man es merkt, sei Deutschland jederzeit bereit. Eine politische Folge des Demonstrationstreits waren die Beschlüsse des Versailler Kriegsrates. Also die Verlängerung und Verschärfung des Krieges. Die, die den Streik inspiriert haben, haben also bewußt über unbewußt dem Feinde in die Hände gegeben. Der Minister kann nicht glauben, daß die Streikführer sich der Folgen ihres Vorgehens nicht bewußt gewesen wären. Das Verhalten der Bolschewiki zeigt, daß ihnen der Krieg nur ein Mittel zur Vertreibung der Nationen ist. Bezeichnend ist, daß Venin und Trotski auf die Unterstützung der unabhängigen Sozialistischen Deutschlands rechnen. Die unabdingbare Sozialdemokratie schaut ich nicht, unter Hinweis auf die so ehemaligen Not die Unzufriedenheit unter der Bevölkerung zu schüren. Sie will damit nur die Waffe der Unzufriedenen für ihre Freiheit einzufangen. Denn eine so rein technische Frage, wie die Verteilung der Lebensmittel, wird durch Streiks nicht gelöst. Im übrigen laden uns die Aufstände im Mutterlande des Herrn Fleißner, dem bolschewistischen Russland, seineswegs. Die Unterstützung politischer Forderungen, wie der nach dem gleichen Wahlrecht, durch Revolutionsdrohung, macht eine soziale Erhöhung der Frage unmöglich. Im übrigen ist der Minister der Meinung, daß die Wahlrechtsvorlage nicht so dringlicher Natur sei, daß darüber die Verteilung des Vaterlandes vernachlässigt und geschädigt werde. Der Zusammenhang zwischen Wahlrecht und Streik sei eine politische Erpressung. Unsere militärische Lage erfordert einen guten Frieden, der auch unseren Untertanen und den Kindern der Arbeiterschaft ermöglicht, nach Überwindung schwieriger Übergangsjahre wieder unter geregelten und entspannten Bedingungen ihr Leben zu fristen.

Nach einer lebhaften Aussprache wurde dann die Besprechung geschlossen.

Meine politische Meinungen.

Im Erwartung der Waffenstillstands. Bei Einbringung des Gesetzes in das Unterhaus sagte Max Thiel: Wir müssen auf eine baldige entschlossene feindliche Offensive vorbereitet sein. Unsere Maßnahmen, ihr zu begegnen, sind getroffen.

Überprüfung des deutschen Marineministeriums in Madrid. Die spanische Regierung, die die Überprüfung des deutschen Marineministeriums durchgeführt hat, erbat von der französischen Regierung für den Menschen und seine Familie die Entlastung, das französische Gesetz zu überstreichen. Die französische Regierung hat nicht geäußert, dieses Gesetz ablehnen zu wollen; sie hat nur den Vorbehalt gemacht, daß sich die Menschen verpflichten, allen Vorschriften des begleitenden Personals sich zu unterwerfen.

Austritt des österreichischen Ernährungsministers. Der Leiter des Amtes für Volksernährung, Generalmajor von Hofer hat aus Gefangenheitslängen seine Demission gegeben. Als Nachfolger wird der Leiter des österreichisch-ungarischen Amtes in der rumänischen Kommission, Generalmajor von Gandler, ernannt. — Gandler macht diese seine Sache besser wie Hofer.

Eine Billtzchrift der Romanows an die Bolschewiki. Wie dem "Berl. Post-Ztg." aus dem Saarland berichtet wird, hat eine

Billtzchrift an die Bolschewiki-Regierung gerichtet, sie möge dem Exzess gestatten, Tebolot zu verlassen und nach Paris zu reisen. Sie erklären alle Gerüchte von Bildern zur Wiederherstellung der Monarchie für falsch und wollen auf jeden Thronanspruch verzichten.

Drastischer Nahrungsmittelemangel in England. Der allmählich immer drastischer werdende Nahrungsmittelemangel in England, unter dem besonders die niedrigeren Alters stark leiden, findet in den Heldensbriefen an die Frontsoldaten Ausdruck. Der Frontberichterstatter des "Manchester Guardian" richtet daher an die Frontsprecher, die unruhige Berichte an die Front senden, die Mahnung, solche Mitteilungen zu unterlassen.

Der König von England an die Serben. Nach einer Depesche des Reuter'schen Buros empfing der König von England die Mitglieder des serbischen Wirtschaftsausschusses, die mehrere enigmatische Haupthandelspläne beschlossen haben, um engere Handelsbeziehungen zwischen England und Serbien nach dem Kriege anzubauen. In seiner Ansprache erklärte der König u. a.: Wir werden niemals den heldenmütigen Willen des serbischen Volkes vergessen und würdigen vollkommen die Tätigkeit Ihrer tapferen Truppen, die Schalter an Schalter mit den unsern an der mazedonischen Front kämpfen. Wir sind sicher, daß nach dem Kriege die englischen Handelsbeziehungen zwischen Serbien und Großbritannien angeknüpft werden. Wir hoffen die Zuverlässigkeit, daß Serbien binnen kurzen wiederhergestellt werden wird.

Ausschreitungen in Rom. Nach Meldungen von der italienischen Grenze haben am Montag und Dienstag in Rom vor dem Kammeregebäude Kundgebungen und Ausschreitungen stattgefunden. Es liegen nur dästige Berichte hierüber vor, aus denen nicht ergibt, daß Militär aufgeboten wurde und daß in Rom abermals der verschärfte Armeegesetz erklart wurde.

Cadornas Verhinderung in der Versenkung. Eugene Hauss meldet: Wie die Blätter melden, hat General Cadorna Verhältnisse verlassen, nachdem er seine Funktionen dem General Gardino übertragen hatte, der seine Stellung im Obersten Kriegsrat der Verbündeten einnimmt. — Cadorna war bekanntlich früher Generalissimus der italienischen Armee.

Eine Anklage gegen Orland und Painlevé. Der "Secolo" meldet: Den früheren Ministern Orland und Painlevé wurde die Vorladung zu einer Vernehmung in einer gegen sie erlassenen Anklage für nächsten Dienstag zugestellt.

Bandung von Verbundstruppen in Griechenland. Infolge der zunehmenden Unruhenbewegungen in Griechenland sind bisher 8000 Mann Verbundstruppen im Piräus und anderen griechischen Häfen gelandet.

Willen wird wieder reden! Der "New York Herald" meldet, daß Präsident Wilson in dem Krieg in der kommenden Woche von neuem über Friedensziele und seine Stellung zu den Verbündeten Reden wird.

Von Stadt und Land.

Mittwoch, 22. Februar.

Aufführung der Kostümzüge, die durch ein Kostümverein am Mittwoch, 18. — nach im Kino — über mit großer Ausdehnung gehalten.

Eine öffentliche Stadtverordnetenversammlung.

Und gestern Nachmittag 6 Uhr statt. Sie wurde von dem zweiten stellvertretenden Vorsteher Stadt. Gerlach wegen voraussichtlicher Abschaltung des Stadtto. Bär geleitet. Es hatten sich am Statotische die Stadträte Schubert, Kommerienrat Höltmann, Günther, Gehner und Bischmidt eingefunden. Außerdem waren 11 Stadtverordnete erschienen.

Die städtischen Kartoffeln.

Das Kollegium nahm zunächst Kenntnis von einem Taufschein des Obersekretärs Markt, sodann von dem Bericht über den Kriegsökonomiebetrieb im Monat Januar, endlich von einem Bericht über die städtische Kartoffelleinlagerung, der infolge einer Anfrage aus der Mitte des Kostümzums in einer der letzten Sitzungen von der Kartoffelleiste erarbeitet worden ist. Danach läßt man den städtischen Kartoffellagern größte Sorgfalt angehen, sie werden jede Woche genau nachgesehen, die faulen Kartoffeln werden ausgeworfen. Von weitem Schwund und Zusammenfaulen der Kartoffeln könnte keine Rede sein. Auch ein Sachverständiger Gutachten beklagt die Kartoffelleinlagerung für gut. Stadtrat Schubert führt dazu noch aus, daß in Kostüm 85 Händler nur 18 Händler ihre Kartoffeln aus den städtischen Kartoffellagern beziehen. Wenn in Kostüm also viele faule Kartoffeln im Handel gewesen wären, so röhren diese teilweise aus den städtischen Kartoffellagern her, sondern sie stammen von denjenigen Händlern, die selbst eingefüllt haben.

Untersuchungen an Kriegsverwunden und -Waffen.

Das Kollegium war in seiner Sitzung vom 18. Februar beim Bechirze des Bezirksoberhauptes Schwarzenberg bezüglich der Erhöhung der Unterstützungen betreten, man habe aber den Bechirze hinzugefügt, die Wirkung abzuwarten und über etwa notwendige weitere Erhöhungen dann nochmals zu beraten. Anzuhören ist sich nach einem Bericht des Unterstützungsausschusses herausgestellt, daß die vom Verband beschlossenen Erhöhungen über das gewollte Ziel: Gleichstellung mit den Kriegsverwunden bzw. Kriegserschossenen, hinausgehen, daß nun wieder Erhöhung gegenüber Leichteren manchmal um Hunderte von Mark im Jahre besser gestellt sind. Das war nicht beabsichtigt. Der Rat hat sich deshalb an den Bezirksoberhaupt gewandt und um die Gemäßigung ersucht, in gegebenen Fällen auch unter den beschlossenen Erhöhungen zu untersetzen, jedenfalls also nur insofern die erhöhten Unterstützungen auszugeben, als es zu dem gewünschten Ausgleich notwendig ist. Der Bezirksoberhaupt hat dem Ansuchen des Rates entsprochen und das Kollegium schloß sich der Stellung des Rates an. Stadtr. Stadtr. Bär gab eine ausführliche Erklärung zu der Vorlage und teilte noch mit, daß in den Bällen, wo die Unterstützungen über das erlaubte Maß hinausgingen, dieselben nur für November, Dezember und Januar so hoch bezahlt wurden. Für Februar sind dann bereits die niedrigeren Werte gezahlt.

Zum 8. Punkte der Tagesordnung wurden als Verteilen für die notleidenden Menschen.

im böhmischen Erzgebirge 100 Mark bewilligt. Stadtr. Albert Baumann als Vorsteher des geschäftsführenden Ausschusses gab einen Bericht über die Entwicklung der Bevölkerung, zur Unterstützungsaktion, über bereits eingesetzte Gelder und über dennoch beginnende Veranstaltungen zu